

Unter dem Banner der Demokratie – Autoritarismus und Protest in Jordanien



DOI-Kurzanalysen

Ausgabe Mai 2013

Deutsche Orient-Stiftung/German Orient-Foundation
-Deutsches Orient-Institut/German Orient-Institute-

gegründet / founded by NUMOV 1960

Tim Sontheimer

Unter dem Banner der Demokratie – Autoritarismus und Protest in Jordanien

Zusammenfassung

Das haschemitische Königreich in Jordanien hat bisher die Periode der arabischen Revolten gut überstanden, doch die 2011 begonnenen Proteste der Reformbewegung im Land brechen nicht ab. König Abdallah II. inszenierte seine Reformversprechen kürzlich in einem ausführlichen Interview in der Monatszeitschrift *The Atlantic* im März 2013 für ein internationales Publikum, aber die Reaktionen auch innerhalb Jordaniens waren beträchtlich. Anhand der weitgehenden Ausführungen König Abdallahs II. wird in dieser Kurzanalyse die Frage behandelt, welche Perspektiven für eine demokratische Öffnung des Regimes bestehen. Dabei wird die These vertreten, dass entgegen des im Interview vermittelten Bildes die Perspektiven für politische Reformen „von oben“ vor dem Hintergrund der Regierungsbilanz seit Beginn der Proteste gering sind. Auch erscheint die Formierung einer Koalition von Protestgruppen, die genug Druck für Reformen „von unten“ aufbauen kann, aufgrund ihrer Fragmentierung und der prekären regionalen Lage derzeit unwahrscheinlich. Der *Atlantic*-Artikel und die Reaktionen darauf zeigen jedoch eine fortschreitende Entfremdung wichtiger politischer Gruppen vom haschemitischem Königshaus.

1. Einleitung

In einer Periode von arabischen Revolten, Regimewechseln und politischen Umbrüchen scheint das jordanische Regime¹ einmal mehr seine relative Stabilität und Standfestigkeit zu beweisen. Die 2011 eingeleiteten Proteste erreichten bis dato nie das Momentum und die Radikalität, um das Regime ernsthaft herauszufordern. Im Gegenteil, viele Demonstranten gerierten sich als „loyale Opposition“, die lediglich nach Reformen verlangt. Auch nach

über zwei Jahren finden jedoch immer wieder Proteste statt, die politische Reformen fordern, die die politische Elite bisher kaum realisiert hat. Das wirft die Frage auf, wie sicher der Machterhalt des jordanischen Regimes einzuschätzen ist, beziehungsweise welche Perspektiven für die jordanische Opposition existieren, die verkrusteten Strukturen des autoritären jordanischen Regimes aufzubrechen und einen Wandel im Sinne der drei Kernforderungen der arabischen Revolutionen „Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit“ einzuleiten.

Einen konkreten Anlass dafür bieten die Reaktionen auf ein Mitte März 2013 in der US-amerikanischen Monatszeitschrift *The Atlantic* veröffentlichtes 17-seitiges Interview des Königs Abdallah II., in dem er seine Sicht auf die politische Situation in Jordanien und der Region darlegte. Besonders auffallend dabei war die unverblümte Sprache des Königs, mit der er verschiedene politische Gruppen in Jordanien und Staatsoberhäupter der Region kritisierte. Beispielsweise nannte er die Eliten der Asha'ir² „alte Dinosaurier“ und die jordanische Muslimbruderschaft einen „Freimaurerischen Kult“ und „Wölfe im Schafspelz“.³ Neu war auch die deutliche Kritik Abdallahs am jordanischen Sicherheitsapparat, dem er vorwarf, eine eigene Agenda zu verfolgen und politische Reformen zu behindern. Für weiteres Aufsehen sorgte die Charakterisierung des syrischen Präsidenten Bashar al-Assads als einen ‚provinziellen Mann‘, der nicht wisse, was *jet lag* sei, von Muhammad Mursi, dem Muslimbruder und Staatspräsidenten Ägyptens, als einem Mann „ohne Tiefe“ und vom türkischen Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan als einem Mann, der Demokratie als eine Busfahrt versteht („Once I get to my stop, I get off“).

Der unter dem Titel ‚The Modern King in the Arab Spring‘ vom Journalisten Jeffrey Goldberg verfasste Text war offensichtlich für ein

¹ Der Begriff „Regime“ wird verwendet um zu verdeutlichen, dass politische Entscheidungen in Jordanien meist nicht von der Regierung oder dem gewählten Parlament getroffen werden, sondern unter erheblichem Einfluss des (nicht demokratisch legitimierten) Königshauses, seinem Beraterkreis und dem Geheimdienst stehen.

² In Jordanien gebräuchliches Wort für „Stämme“. Wegen der homogenisierenden und essentialisierenden Konnotationen des Begriffs „Stamm“ und um die Fluidität des Konzepts in verschiedenen Kontexten herauszustellen, ziehe ich den arabischen Begriff vor, den erweiterte verwandtschaftliche Netzwerke als Selbstbezeichnung nutzen. (vgl. Layne, Linda L.: *Home and Homeland – The Dialogics of Tribal and National Identities in Jordan*, Princeton, 1994, (S. 12f.-13)).

³ Goldberg, Jeffrey 18.03.2013: *The Modern King in the Arab Spring*. URL: <http://www.theatlantic.com/magazine/archive/2013/04/monarch-in-the-middle/309270/> (abgerufen am 09.04.2013); alle weiteren in Anführungszeichen gesetzte Worte ohne Fußnote sind direkte Zitate oder Übersetzungen aus diesem Text.

westliches Publikum verfasst. Bald übersetzte aber die jordanische, politisch affine Internetcommunity zunächst Teile und dann den ganzen Text ins Arabische, was zu einem Sturm von Kommentaren in den sozialen Medien führte. Die Reaktionen fielen gemischt aus: Während einige die Äußerungen des Königs stark missbilligten, nahmen andere den König in Schutz, wieder andere kritisierten den Autor Jeffrey Goldberg, den König hintergangen zu haben und seine eigenen Ziele zu verfolgen. Weitere Beobachter äußerten die Auffassung, das Interview habe keine politische Relevanz.

Die Gründe für das große Echo des Interviews in den sozialen Medien liegen zum einen in der drastischen Sprache des Königs begründet, die in oben genannten Zitaten kulminierte und für den innerjordanischen Diskurs ungewöhnlich sind.

Zum anderen erweckt der Artikel in seiner Länge und Tiefe durchaus den Eindruck, mit dem Königshaus abgestimmt worden zu sein und die Ansichten des Königs zu repräsentieren. Das gesamte Interview liest sich dabei mehr als Teil einer Imagekampagne des Königs als ein Stück investigativen Journalismus. Dieser Eindruck beginnt schon bei der Einleitung, die einer prominenten Szene des 2002 gedrehten Image-Films *The Royal Tour of Jordan*⁴ verblüffend ähnelt. In beiden Werken sitzt König Abdallah am Steuer eines Helikopters und fliegt von seinem Palast ins jordanische Hinterland, um sich mit Repräsentanten der Asha'ir zu treffen. Das Interview bedient darüber hinaus fortlaufend Motive aus früheren Imagekampagnen des Königs. Er wird dargestellt als Vater, der sein Volk führt, als ein moderner König in einer vormodernen Welt, als ein Vermittler zwischen Ost und West, als der moderateste politische Anführer in der Region, und sogar als ein Junge, der mit seinen Spielzeugen spielt.⁵

Im *Atlantic*-Interview beschreibt Jeffrey Goldberg König Abdallah als einen „Don Quixote“, der mit mäßigem Erfolg für Meritokratie und demokratischen Pluralismus kämpft. Mit seinem ersten ambitionierten Anlauf sei er an der

schwerfälligen politischen Kultur Jordaniens gescheitert. Heute führe der König sein Land behutsam auf den Weg der Reform, so die Darstellung Goldbergs. Für dieses hehre Ziel treffe sich König Abdallah mit den konservativen vormodernen „Dinosauriern“, lege sich mit seiner königlichen Familie und dem mächtigen Sicherheitsapparat Jordaniens an und versuche gleichzeitig den Einfluss der Muslimbruderschaft möglichst einzudämmen. Alle diese Gruppen würden ein Hindernis beziehungsweise eine Gefahr für den Reformprozess darstellen. Mit seinem Bekenntnis zur demokratischen Öffnung Jordaniens stehe Abdallah als der einzig wichtige Akteur im Zentrum eingerahmt von den arabischen Revolten und von Protesten in Jordanien.

„Goldberg's Abdullah, which matches perfectly with Abdullah's Abdullah, is the only man in the room who has the vision to right the wrongs of Jordan.“⁶

Ein renommiertes und positives internationales Bild des Königs und der Monarchie ist essentiell für den Fortbestand des Regimes, da es aufgrund seiner desaströsen Finanzlage auf internationale Hilfen angewiesen ist. Mit steigenden Lebenshaltungskosten und einem Schuldenstand von 75% (2012) des Bruttoinlandsprodukts⁷ hängen weitere Unruhen auch davon ab, inwiefern das Regime in der Lage ist, die Preise stabil zu halten und die Löhne pünktlich zu zahlen. Jordanien wird vor allem von den USA (USD 460 Mio. an Hilfszahlungen plus jüngst zugesagten USD 400 Mio. für Unterstützung syrischer Flüchtlinge), den Golfstaaten (USD 1,25 Mrd. jährlich über fünf Jahre), und der EU unterstützt, und ist ebenfalls abhängig von Darlehen von IWF und Weltbank.⁸ Die Positionierung des jordanischen Königs als aufgeklärter Monarch, der einen Demokratisierungsprozess einleitet, erspart die lästige Debatte, ob man autoritären Regimes Wirtschafts- und Militärhilfen gewähren sollte. Der Zweck des *Atlantic*-Interviews bestand darin, zum günstigen Zeitpunkt des Nahostbesuchs von US-Präsident Barack Obama für die internationale Presse ein positives Bild des jordanischen Regimes, personifiziert durch Abdallah II., zu zeichnen. Die

⁴ Die Szene ist unter <http://www.youtube.com/watch?v=CUwSVN4ewLE> einsehbar (aufgerufen am 06.05.2013).

⁵ Vgl. Kifah and Jennifer 23.03.2013: King Abdullah II of Jordan, World Statesman? URL: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/10783/king-abdullah-ii-of-jordan-world-statesman> (abgerufen am 09.04.2013).

⁶ Kifah and Jennifer 23.03.2013: King Abdullah II of Jordan, World Statesman? URL: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/10783/king-abdullah-ii-of-jordan-world-statesman> (abgerufen am 09.04.2013).

⁷ *CIA World Fact Book: Jordan*. URL: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/jo.html> (abgerufen am 07.05.2013).

⁸ Die Zahlen sind von Jeremy Sharp zusammengetragen in Sharp, Jeremy M. 2012: Jordan Background and US Relations. URL: <http://www.fas.org/sgp/crs/mideast/RL33546.pdf> (8) (abgerufen am 07.05.2013).

starke personifizierte Kritik an den anderen politischen Führern in der Region ist dabei als ‚negative campaigning‘ zu verstehen. Weder Mursi, al-Assad noch Erdoğan sind so demokratisch wie König Abdallah und haben ergo weniger ökonomische Hilfen verdient, so die Logik des Regimes.

Aber warum kritisiert der König im *Atlantic*-Interview den ‚old guard‘, die königliche Familie, in einer Sprache, die in Jordanien offenbar mehrere Tabus gleichzeitig gebrochen hat? Plausibel erscheint, dass der König die Implikationen seines Interviews in Jordanien schlicht unterschätzte. In der Vergangenheit nutzte der König oft die Strategie, verschiedenen Öffentlichkeiten unterschiedliche Bilder zu vermitteln. Im Westen stellte er sich als ein aufgeklärter, westlicher Herrscher dar, gegenüber den Asha‘ir inszenierte sich der König als Oberhaupt der jordanischen Großfamilie, und anderen gegenüber betonte er seine direkte Abstammung vom Propheten Muhammad. Während diese Strategie in den 1990er und frühen 2000er Jahren vielleicht noch Bestand hatte, erscheint sie heute vollkommen überholt.

„In the digital age, the whole ‘speak to western audiences in one language and to a local audience in another’ approach is no longer functional or feasible.“⁹

Der darauf folgende Versuch des Regimes, den Schaden durch konzertierte Gegendarstellungen in den Printmedien und die Hausdurchsuchung eines Aktivisten, der einen satirischen Text mit Bezug auf das Interview verfasst hatte, einzudämmen, erscheint umso mehr aus der Zeit gefallen.

Wie wenig das von Goldberg gezeichnete, verhalten optimistische Bild für politische Reformen in Jordanien mit der politischen Realität übereinstimmt, zeigt nicht zuletzt die Reformbilanz des Regimes seit dem Beginn der Proteste.

2. „Reformen“ des Regimes

2.1 Wahlrecht und Regierungsbildung

Bei der Verabschiedung des Wahlrechts im Juni 2012 wurde zwar eine Neuverteilung der

Parlamentssitze beschlossen. Das Single-Non-Transferable-Voting (SNTV) System, das regionale Kandidaten aus dem ruralen Transjordanien gegenüber palästinensischen Jordanern in urbanen Gebieten begünstigt, wurde allerdings nicht grundsätzlich angetastet. Das SNTV sorgt dafür, dass Parlamentsmitglieder letztlich nur ihrem Bezirk gegenüber verantwortlich sind, was immer wieder zu staatlich sanktionierten Spannungen führte. Darüber hinaus hat das Gerrymandering der Distrikte zu einer extremen Benachteiligung urbaner, palästinensisch-jordanisch geprägter Gebiete geführt. So kommt es, dass das südliche, von Asha‘ir geprägte Al Karak mit einer Bevölkerung von 200.000 über zehn Parlamentsmitglieder entscheidet, während das palästinensisch-jordanisch geprägte Zarqa mit einer Bevölkerung von knapp einer Million nur elf Parlamentsmitglieder entsendet.¹⁰ Spaltungen zwischen ländlichen Transjordanern und palästinensischen Jordanern werden so staatlich reproduziert und institutionalisiert. Die einzige wesentliche Veränderung des Wahlrechts war das Hinzufügen von 27 Sitzen, die durch ein nationales Listenwahlsystem vergeben werden. National organisierte Parteien wurden so geringfügig gestärkt. Dabei blieb das Verhältnis zwischen den Institutionen unangetastet. Der legislative Prozess wird weiterhin vollkommen vom König vermittelt. Nur das Unterhaus wird vom jordanischen Parlament gewählt, während das Oberhaus, genau wie der Premierminister, vom König ernannt wird. Auch die Regierung wird vom Premierminister vorgeschlagen und vom König ernannt. So hat der König über den Premierminister mittelbar die Kontrolle über das Einbringen von Gesetzen, er kann über das Oberhaus auf Gesetze Einfluss nehmen und zuletzt muss er jedes Gesetz unterzeichnen, damit es in Kraft tritt.

„Given such an institutional framework for the existing (regime-managed) electoral competition, there should be little surprise that the winners of the 2013 parliamentary elections were largely drawn from the groups that form the nucleus of the junior partners of the ruling coalition in Jordan: privileged tribes and families long-allied with the monarchy; select members of the business community that have been the primary

⁹ Tarawnah, Naseem 20.03.2013: The Atlantic Article on King Abdullah: One Jordanian Perspective. URL: <http://www.black-iris.com/2013/03/20/the-atlantic-article-on-king-abdullah-one-jordanians-perspective/> (abgerufen am 09.04.2013).

¹⁰ Al-Shamayleh, Nisreen 22.01.2013: Understanding Jordan’s Parliamentary Election. URL: <http://www.blogs.aljazeera.com/blog/middle-east/understanding-jordan%E2%80%99s-parliamentary-election> (abgerufen am 22.05.2013).

*beneficiaries of the unraveling of the state-centered economy; and a handful of career politicians that have perfected the art of wining SNTV-determined seats.*¹¹

In Abwesenheit einer echten Wahlreform bemühte sich das Regime, die bloße Durchführung von und die Teilnahme an Wahlen am 23. Januar 2013 als Fortschritt auf dem Weg zur Demokratie zu proklamieren. Viele internationale Medien sprangen auf diesen Zug auf. Als Hauptindikator des „Fortschritts“ wurde die „hohe“ Wahlbeteiligung von 56% angeführt. Diese Analyse übersah, dass die Wahlbeteiligung 2013 aus dem Teilnahmepool aller zur Wahl registrierten Personen errechnet wurde, und nicht mehr wie noch 2010 aus dem Pool aller Wahlberechtigten. Insofern relativiert sich der Anstieg von 4% im Vergleich zu den Wahlen von 2010. Weder war die Durchführung der Wahlen ein Sieg der Königstreuen, noch eine Niederlage der Islamischen Aktionsfront (IAF), der Partei der Muslimbruderschaft, oder gar ein signifikantes Zeichen von Demokratisierung.

Auch die Regierungsbildung in den Monaten nach der Wahl deutete nicht auf Reformen hin. Der König erklärte sich zwar bereit, seinen Premierminister aus einer vom Parlament vorgelegten Liste von Namen zu ernennen. Der Premier wiederum akzeptierte, vor seiner Regierungsbildung mit dem Parlament zu kooperieren. Nach zwei Monaten intensiver Verhandlungen stellte sich aber heraus, dass Premierminister Abdullah Ensour die Vorschläge der Parlamentarier nicht zur Kenntnis nahm, was zu breiter Frustration im Parlament führte.¹² Durch die Organisation der Abgeordneten in fragile Blöcke und die Abwesenheit starker überregional organisierter Parteien waren die Parlamentarier allerdings auch nicht in der Lage, eine gangbare Alternative zu den Vorschlägen Ensours zu finden. Die *Jordan Times* meldete zwar am 28. April 2013, dass 40 jordanische Parlamentsmitglieder nun eine neue Oppositionskoalition bilden wollen, um als „Schattenregierung“ zu fungieren.¹³ Es bleibt jedoch abzuwarten, ob diese ein dauerhaftes und wirksames Gegengewicht zum Regime formieren können angesichts der durch das Wahlsystem herbeigeführten Heterogenität des Parlaments.

Sowohl personell als auch strukturell sind vom neuen Kabinett keine signifikanten politischen Reformen zu erwarten. Die für mögliche politische Reformen zentralen Ministerien für Medienangelegenheiten und Kommunikation, für politische Entwicklung und für parlamentarische Angelegenheiten legte Ensour zusammen und unterstellte sie Mohammad Momani, einem politischen Newcomer ohne Regierungserfahrung. Das Innenministerium ist nun Generalmajor Hussein Majali unterstellt, der zuvor der öffentlichen Sicherheitsabteilung vorstand. Allein diese personellen Entscheidungen deuten auf einen politischen Stillstand auf Regierungsebene bei politischen Reformen hin. Regierungsneubildungen sind ohnehin im jordanischen System an der Tagesordnung, da der Premierminister als Hauptzielscheibe der Kritik fungiert. Die seit dem Beginn der jordanischen Straßenproteste im Januar 2011 erfolgten fünf Neuernennungen von Premiers deuten darauf hin, dass dieses Instrument der Stabilitätswahrung König Abdallahs sich abnutzt. Der im März 2013 eingesetzte neue Premierminister Mohammed Ensour kann auch diesmal angesichts von Unzufriedenheit im Parlament und ständiger Proteste nicht auf eine lange Regierungszeit hoffen. Schon am 22. April 2013 – einen Monat nach Amtsantritt – forderten Muslimbrüder bei einer Demonstration mit 3.000 Menschen den Rücktritt des Premiers.

2.2 Presserecht

Im Bereich des im September 2012 verabschiedeten neuen Presserechts zeichnete sich die Tendenz ab, die im Vergleich zu den traditionellen Medien relativ freie Onlinenpresse stärker zu kontrollieren. Das bedeutete erstens die Einführung einer Lizenzierungspflicht. Für eine Registrierung bei und eine Lizenz von der Regierung werden umgerechnet ca. USD 1.400 an Gebühren fällig. Zweitens gelten für elektronische Publikationen nun dieselben Regeln, wie für Printpublikationen. Den Webseiten ist es nun verboten, die königliche Familie zu beleidigen, etwas zu publizieren, was „arabisch-islamischen“ Werten widerspricht, Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen anstiftet oder Beamten beleidigt. Drittens sind neuerdings die Eigentümer elektronischer Medien wie auch deren Angestellte dafür verantwortlich, sicherzustellen, dass öffentliche

¹¹ Abu-Rish, Ziad 03.02.2013: Romancing the Throne: The New York Times and the Endorsement of Authoritarianism in Jordan. URL: http://www.jadaliyya.com/pages/index/9949/romancing-the-throne_the-new-york-times-and-the-en (abgerufen am 09.04.2013).

¹² Wehler-Schoeck, Anja 02.04.2013: Jordan's new Government. Preparing for political standstill? URL: <http://www.zenithonline.de/english/home/politics/new-government-in-jordan/> (abgerufen am 07.05.2013).

Kommentare nicht gegen jordanische Gesetze verstoßen.¹⁴ Ein Verstoß gegen das Presserecht kann mit einer Geldstrafe bis USD 14.000 geahndet werden.

Der gravierendste Fall von Repression gegen Online-Journalisten ist die 21-tägige Inhaftierung des Inhabers der Nachrichtenwebseite *Gerasa News*, Jamal Al-Muhtaseb, durch die Sicherheitsbehörden. Der Anlass war ein Bericht, in dem ein anonymes Parlamentsmitglied über Druck vom Königshaus auf das Parlament berichtete, einen ehemaligen Minister nicht vor Gericht zu bringen. „The law is so vague, you could drive a truck through it“ sagt Abdelmajeed Shamlawi, der Geschäftsführer des jordanischen Verbands für Informations- und Kommunikations-Technologie.¹⁵ Angesichts der Ressourcen des Sicherheitsapparates ist zu erwarten, dass das Gesetz nicht flächenmäßig durchgesetzt wird, sondern als präventives Werkzeug gegen Regimegegner wirken soll.

Zum einen erscheint es absolut ironisch, dass ein König, dessen Macht vollkommen auf Familienbanden, Günstlingsstrukturen und Untertanendenken aufbaut, nun glaubt, eben diese Prinzipien erfolgreich bekämpfen zu können. Zum anderen zeigen die Aktivitäten des Regimes schon an den oben genannten Beispielen für „Reform“, dass außer der Rhetorik der offiziellen Stellen nichts für eine demokratische Öffnung des Landes spricht. Anstatt des Versuchs, ein faires Wahlsystem zu schaffen und die dominante Rolle des Königs im Gesetzgebungsprozess zu reduzieren, sind die Änderungen des Wahlrechts bestenfalls kosmetisch. Die dadurch begünstigten neopatrimonialen Strukturen und die Fragmentierung der politischen Landschaft bleiben so weiter bestehen. Als Maß für den politischen „Fortschritt“ Jordaniens wurde vom Regime stattdessen ausgerechnet die Wahlbeteiligung angeführt. Die Teilnahme von möglichst vielen an einem unfairen Spiel, dessen Ergebnis wegen des unveränderten Einflusses des Königs unerheblich ist, wurde damit zum nationalen Indikator des politischen Fortschritts erhoben (und von der weit-

gehend internationalen Presse unhinterfragt übernommen). Die darauf folgende Regierungsbildung dagegen erfolgte auf traditionelle Weise. Auf Parlamentsvorschläge wurde nicht eingegangen und stattdessen ein wenig überraschendes Kabinett eingesetzt. Dazu werden durch das neue Presserecht politische Aktivitäten in der Zivilgesellschaft gerade im Internet nicht erleichtert sondern eingeschränkt. Das Regime nutzt erfolgreich Reformrhetorik, um Unzufriedenheit in kontrollierbare Bahnen zu lenken, ohne selbst substantielle Reformen umzusetzen. Die Institutionalisierung des Protests im nationalen Dialogkomitee und in der Kommission für Verfassungsänderungen hat außer ihrer demobilisierenden Wirkung und einer Regimestabilisierung keine weiteren Implikationen gehabt. Das jordanische Regime ist „kill[ing] democracy under the banner of democracy.“¹⁶

Wie sehr Abdallah am „killing“ beteiligt ist, lässt sich allerdings schwer sagen. Der politische Prozess in Jordanien ist in hohem Grade undurchsichtig und exklusiv. Die Regierungen kommen und gehen, ohne dass jemand etwas über die näheren Gründe erfahren würde. Dazu trägt auch die verfassungsmäßig festgeschriebene absolute Macht des Königs bei. Er hat nicht nur das Recht, den Premierminister zu ernennen, Gesetze in Kraft zu setzen, Parlamentswahlen anzusetzen, das Oberhaus des Parlaments zu ernennen bzw. abzusetzen, die bewaffneten Streitkräfte zu befehligen, die Richter des Verfassungsgerichtshofs, der zivilen und Schariagerichte zu benennen und abzusetzen, sondern er unterliegt auch politischer Immunität. Kritik am König ist mit Haft bis zu drei Jahren unter Strafe gestellt.¹⁷ Dagegen spricht, dass Abdallah seit seiner Krönung 1999 nie die Machtfülle seines Vaters erreichen konnte. Er wurde weder zum König erzogen, noch besitzt er die politischen Fähigkeiten seines Vaters. Generell wird Abdallah demnach als ein verhältnismäßig schwacher König bewertet. Am Weben des „banner of democracy“ spielt Abdallah dagegen zweifellos die leitende Rolle.

¹³ Neimat, Khaled 28.04.2013: Opposition MPs to form shadow Government. URL: <http://www.jordantimes.com/opposition-mps-to-form-shadow-government> (abgerufen am 06.05.2013).

¹⁴ Committee to protect journalists: Jordan. URL: <https://www.cpj.org/2013/02/attacks-on-the-press-in-2012-jordan.php> (abgerufen am 07.05.2013)

¹⁵ Baker, Stephanie 01.10.2012: Jordan Rises as Internet Hub While King curbs Expression. URL: <http://www.bloomberg.com/news/2012-10-01/jordan-rises-as-internet-hub-while-king-curbs-expression.html> (abgerufen am 07.05.2013).

¹⁶ Bustani, Hisham 2011: Jordan's new opposition and the traps of Identity and Ambiguity. URL: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/1303/jordans-new-opposition-and-the-traps-of-identity-a> (abgerufen am 07.05.2013).

¹⁷ Bustani, Hisham 2013: Jordan – A failed Uprising and a reemerging regime. URL: http://www.yourmiddleeast.com/opinion/hisham-bustani-jordan-a-failed-uprising-and-a-reemerging-regime_12178 (abgerufen am 07.05.2013).

Das Auseinanderklaffen des im *Atlantic*-Artikel verbreiteten Bildes von König und Regime und der Erfahrungen der Bevölkerungen bietet eine weitere Erklärung für das breite Echo des Artikels in Jordanien. Die Unzufriedenheit, die seit dem Beginn der Proteste 2011 immer wieder auf die Straße getragen wurde, geht auf verschiedene Gruppen zurück. Ihr Erfolg, einen demokratischen Wandel einzuleiten, wird unter anderem von ihren Möglichkeiten abhängen, ein breites Bündnis zu schmieden, das ausreichend Druck auf das jordanische Regime ausübt. Im Folgenden werde ich verschiedene für die Protestbewegung relevante Gruppen analysieren.

2. Die Unzufriedenen

2.1 Ländliche Transjordanien

Im *Atlantic*-Interview beschreibt Goldberg in seiner Eröffnungspassage eine Szene in Karak, in der lokale Asha'ir-Eliten (die „Dinosaurier“) dem König vorschlagen, die Arbeitslosigkeit junger Männer zu senken und Kriminalität einzudämmen indem die Regierung junge Männer als Nachbarschaftswache einstellen und mit Stöcken bewaffnen solle. Abdallahs Antwort erwähnt Goldberg nicht. Stattdessen beschreibt er Abdallahs „wide-eyed look“ bei der Anhörung und fügt hinzu, dass ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das auf Männern mit Stöcken aufbaue, nicht seiner Vision effektiver ökonomischer Reform entspreche.

Die ‚Dinosaurier‘ stehen für die im ruralen Transjordanien ansässigen Asha'ir und ihre Eliten. Sie stellen die historische Machtbasis des haschemitischen Regimes dar.¹⁸ Seit seiner Krönung hat König Abdallah allerdings vermehrt versucht, sich von ihnen zu distanzieren. Noch in den 1950er und 1960er Jahren schufen die Haschemiten durch den Aufbau eines großen öffentlichen Sektors und eines aufgeblähten Militärapparates eine gesicherte Existenz für viele ländliche Transjordanien und erkaufte sich damit deren Loyalität. Dadurch manifestierten die Haschemiten aber ihre Abhängigkeit von externen Renten. Durch Vernachlässigung der ländlichen Gebiete, durch aufoktrozierte

Strukturanpassungsprogramme durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) aber auch durch den neoliberalen Kurs, der unter dem ehemaligen König Hussein I. (regierte 1952-1999) in den 1990er Jahren begann und unter Abdallah in den frühen 2000er Jahren intensiviert wurde, wurde dieses Bündnis über die Jahre immer brüchiger.

Mit dem Wahlgesetz der Haschemiten von 1992 sollten die Asha'ir wieder stärker an das Königreich gebunden werden. Die Einführung des sogenannten „Single-Non-Transferable-Voting“ (SNTV) und die damit einhergehende Neuziehung der Wahlbezirksgrenzen sollte dafür sorgen, dass die Asha'ir die Möglichkeit bekamen, über das Parlament Gelder in die ländlichen Gebiete umzuleiten. Auch der Einfluss der Muslimbruderschaft sollte durch das dezentralisierte Wahlrecht eingedämmt werden. Das hatte zum einen die Folge, dass fortan urbane palästinensisch-jordanisch geprägte Bezirke stark unter- und ländliche Gebiete überrepräsentiert wurden. Zum anderen bekamen die einzelnen Asha'ir durch das neue Wahlrecht eine zusätzliche Bedeutung als institutionalisierte politische Akteure. Zuletzt wurde durch das neue Parlamentsrecht jede mögliche Opposition regional fragmentiert, was sich bis heute auf den Protest gegen das jordanische Regime und für politische Reformen auswirkt.

Die Inthronisierung Abdallahs im Jahr 1999 war für ländliche Transjordanien mit realen Einbußen und verstärkten Befürchtungen verbunden. Zum einen stand Abdallah für die Fortsetzung und Intensivierung eines neoliberalen Reformkurses und schuf Parallelgremien, in denen der so genannte ‚New Guard‘ versuchte, die Politik neu zu bestimmen.¹⁹ Der ‚New Guard‘ bestand aus westlich geschulten, neoliberalen, urban geprägten Männern, denen die Beziehungen zu den Asha'ir fehlten. Die folgenden Kürzungen im öffentlichen Sektor und Privatisierungen von Land, was sich zwar in Staatsbesitz befand, traditionell aber von Asha'ir verwaltet wurde, trafen die rurale transjordanische Bevölkerung hart und verstärkten die Frustration mit dem haschemitischen Regime. Verstärkt wurde dies durch Korruptionsfälle im Zusammenhang mit die-

¹⁸ Die folgenden Einschätzungen gehen im Wesentlichen auf Tariq Tells Analyse des jordanischen Regimes zurück: Tell, Tariq: Interview with Tariq Tell on the Nature of the Jordanian Regime. URL: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/6979/on-the-nature-of-the-hashemite-regime-and-jordania> (abgerufen am 09.04.2013).

¹⁹ Für eine intensivere Besprechung der jordanischen Wirtschafts- und Sozialreformen unter König Abdallah, siehe Lerner, Katharina 2009: Ein Land – zwei Pfade? 20 Jahre ökonomische und sozialpolitische Reformen. in: *Inamo* 59/2009, S. 9-13.

sen Privatisierungen. Zum anderen stand Abdallahs Ehe mit der palästinensisch-jordanischen Königin Rania symbolhaft für einen Abbau des „Rechtedefizits“ der palästinensisch-jordanischen Bevölkerung und schürte dadurch Ängste vor einer palästinensischen „Übernahme“ des Staats auf Seiten vieler ruraler Transjordanier. Argwöhnisch werden auch deswegen weiterhin die Aktivitäten von Königin Rania betrachtet, die bisweilen eher als Mitregentin denn als königliche Gemahlin erscheint.

Im Rahmen der Proteste seit 2011 hat sich die Kritik ruraler transjordanischer Eliten am Regime intensiviert. Im Februar 2011 beschuldigten 36 Repräsentanten von wichtigen Asha'ir in einer gemeinsamen öffentlichen Stellungnahme Königin Rania der Korruption. Sie habe Machtzentren geschaffen, die ihren eigenen Interessen dienen, so die Vertreter. Diese Vorwürfe können als Tabubruch gelten, denn ähnlich wie der König ist auch die Königin rechtlich von öffentlicher Kritik ausgenommen. Im Zuge der Proteste seit 2011 wurde ebenfalls deutlich, dass viele Transjordanier lieber von Abdallahs Halbbruder Hamza regiert würden. Dieser gilt als charismatischer Redner, ist nicht als Neoliberaler bekannt und nicht mit einer „Palästinenserin“ verheiratet.²⁰

Als Reaktion auf das *Atlantic*-Interview überschritt die ‚Heilsfront der jordanischen Stämme‘, eine Assoziation wichtiger Asha'ir-Eliten in Jordanien, die rote Linie der Königskritik und warf Abdallah vor, die Rolle eines Agenten für die Kräfte des Zionismus und Kolonialismus zu übernehmen und zu Gunsten der Gegner der jordanischen Nation gegen einen palästinensischen Staat zu intrigieren. Damit haben die Asha'ir nicht nur ein Tabu gebrochen, sondern die Eliten haben sich strafrechtlich verfolgbar gemacht, denn auf Kritik am König stehen ein bis drei Jahre Haft.

Sowohl der *Atlantic*-Artikel als auch die scharfe Reaktion der Asha'ir-Eliten zeigen eine fortwährende Verschlechterung der Beziehungen zwischen der ruralen transjordanischen Bevölkerung und dem königlichen Hof. Sowohl die „Dinosaurier“ als auch die „zionistische Agenten“-Allegorie zeigen nun öffentlich, wie wenig die beiden Parteien

mittlerweile voneinander halten. Auch weil viele rurale Transjordanier weiterhin im öffentlichen Sektor und im Militär beschäftigt sind, bleibt eine offene Regimeopposition jedoch unwahrscheinlich. Eine erzwungene Abdankung Abdallahs und der Aufstieg eines anderen Haschemiten, beispielsweise Hamza, würde dagegen die Grundfesten des Regimes nicht erschüttern, aber eventuell den Kurs der Neoliberalisierung und der Anerkennung der Rechte von PalästinenserInnen stoppen.

2.2 Die Muslimbruderschaft

In seinem Interview beschäftigt sich Abdallah zu einem großen Teil mit der Muslimbruderschaft (MB). Sein Hauptkampf sei es, so Abdallah, „die Muslimbrüder daran zu hindern, sich regionsübergreifend die Macht zu erschleichen.“ Die Aussagen der Muslimbruderschaft, sie seien der Monarchie gegenüber loyal, hält der König schlicht für „bullshit“, er bezeichnet die Muslimbrüder stattdessen als „Wölfe im Schafspelz“ sowie einen „freimaurerischen Kult“ und verdeutlicht seine Sichtweise anhand einer Anekdote: Während der Proteste habe er Repräsentanten der MB als erste eingeladen und sie gefragt, wen sie ins nationale Dialogkomitee, ein Gremium zur Gestaltung einer landesweiten Debatte über Reform, entsenden wollten. Als sie nach Kairo fuhren, um den obersten Führer der Bruderschaft diesbezüglich zu fragen, sahen sie den Tahrir-Platz und entschieden sich gegen eine Teilnahme. Abdallah schließt seine Anekdote mit den Worten: „They thought they'd won. They had decided that they had won.“

Die Muslimbruderschaft ist wie alle legalisierten Oppositionsparteien, die eingetragenen Berufsverbände und Gewerkschaften Teil der „offiziellen“ Opposition Jordaniens.²¹ Seit der Aufhebung des Ausnahmezustands im Jahr 1989 ist diese ein fester Bestandteil des Regimes und der Großteil der MB stellte deswegen nur moderate Forderungen. Das Regime verstand es, erfolgreich die klassische Opposition in das Regime durch einen Prozess von Legalisierung, Infiltrierung und Einhegung durch striktere Gesetze zu binden. In den letzten Jahren hat die MB sich allerdings immer weniger an die eingespielten Regeln des Regimes gehalten. Vor allem seit den arabischen

²⁰ 2004 hatte Abdallah seinen Sohn Hussein an Hamzas Stelle als direkten Thronfolger ernannt.

²¹ Der Teil über die Muslimbruderschaft beruft sich stark auf Ziad Abu-Rishs Interview mit Tariq Tell: Interview with Tariq Tell on the Nature of the Jordanian Regime: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/6979/on-the-nature-of-the-hashemite-regime-and-jordania> (abgerufen am 09.04.2013).

Revoluten verhält sich die Muslimbruderschaft angriffslustiger.

Der jordanische Ableger der MB²² und deren politischer Arm, die IAF stützt sich vor allem auf die urbanen Unterprivilegierten und Arbeitslosen und die Jordanier palästinensischer Herkunft, ihre Führungspositionen wurden jedoch lange Zeit von moderaten Transjordaniern besetzt. Diese übernahmen die Aufgabe eines Puffers zwischen dem Regime und einer radikaleren Parteibasis. In letzter Zeit ist die Haltung der Muslimbrüder gegenüber dem Regime allerdings konfrontativer. Verdeutlicht wurde dies schon durch die Wahl Hammam Saids, einem radikalen Geistlichen mit palästinensischen Wurzeln, in das höchste politische Amt der Bruderschaft 2008. Neuere Kreise in der MB identifizieren sich eher mit Hamas und konnten einen stärkeren politischen Einfluss gewinnen.

Bisher ist es der MB misslungen, sich neben der vernachlässigten Stadtbevölkerung und den palästinensischen Jordaniern auch unter den ruralen Transjordaniern eine Unterstützerbasis aufzubauen. Viele der Muslimbrüder sind Kleinbürger oder Kleinkapitalisten und haben auch deswegen das ländliche transjordanische Hinterland in ihrer Mobilisierungsarbeit vernachlässigt. Ihre Proteste gegen neoliberale Reformen waren oft nur symbolisch, selbst wenn sie sich mit Kräften der politischen Linken verbündeten. Im Frühling 2010 beispielsweise lehnte die Führung Aufrufe ab, einen Streik im öffentlichen Sektor von Lehrern zu unterstützen, die für höhere Löhne und eine national organisierte Gewerkschaft eintraten. Als Konsequenz daraus konnte man in den letzten Jahren beobachten, dass die oppositionellen transjordanischen Nationalisten, Arbeiteraktivisten, wie auch die eher säkulare, linksgerichtete Jugend – ob transjordanisch oder palästinensisch-jordanisch – sich in Richtung von sozialen Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Berufsverbänden orientiert.

Die Strategie der Muslimbruderschaft, verstärkt Politik auf die Straße zu bringen, spie-

gelte sich zuletzt bei den Protesten am 20. April 2013 in der Innenstadt Ammans wider. In einer von der Muslimbruderschaft organisierten Demonstration fanden sich 3.000 Unterstützer ein, womit es sich um die größte Demonstration in Jordanien seit Januar 2013 handelte. Die Menge forderte den Sturz des jordanischen Geheimdiensts, denn zuletzt waren bei Demonstrationen in Tafileh Muslimbrüder festgenommen worden. Der Sicherheitsapparat war zuletzt schärfer gegen Oppositionelle vorgegangen und hatte damit zu einer stärkeren Geschlossenheit des fragilen Oppositionsbündnisses und zu einem erneuten Erstarren der Proteste geführt. Über Demonstrationen gegen die Repression des Regimes geht allerdings der gemeinsame Nenner der Muslimbrüder mit anderen Protestbewegungen kaum hinaus. Es zeichnet sich weder ein stärkeres Bündnis der Muslimbrüder mit der Protestbewegung ab, noch scheint die MB in der Lage, ihre Unterstützerbasis auf die ländliche transjordanische Bevölkerung auszuweiten.

Während die politischen Differenzen zwischen der MB und dem König noch nie ein Geheimnis waren, ist die Schärfe der Bemerkung des Königs bisher jedoch beispiellos. Nimer al-Assaf, stellvertretender Generalsekretär der IAF, entgegnete auf die Äußerungen des Königs:

„Wir glauben nicht, dass diese Worte vom König gesagt wurden. Aber wenn es wahr ist, glauben wir dass ein großer Fehler gemacht wurde.“²³

Stärkere öffentliche Reaktionen seitens der MB waren nicht zu verzeichnen. Offenbar sind sie immer noch der Meinung, offen zur Schau gestellte Loyalität sei für sie von Vorteil. Möglicherweise haben die Äußerungen des Königs aber auch zu einer stärkeren Mobilisierung der Muslimbrüder in den letzten Wochen geführt. Wesentlich mehr Mobilisierungscharakter haben allerdings die Inhaftierung von Muslimbrüdern im Zusammenhang mit den Tafileh-Protesten und die drohende Präsenz US-amerikanischer Truppen auf jordanischem Gebiet.

²² Barari, Hassan 2009: Muslim Brotherhood in Jordan: Hamas in Ascendance. URL: <http://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/muslim-brotherhood-in-jordan-hamas-in-ascendance> (abgerufen am 09.04.2013).

²³ Sweis, Rana F. 17.04.2013: Jordanian Activists struggle on. URL: http://www.nytimes.com/2013/04/18/world/middleeast/jordanian-activists-struggle-on.html?_r=0 (abgerufen am 21.04.2013), Übersetzung durch den Autor.

2.3 Die Arbeiterbewegung

Die jordanische Arbeiterbewegung fand im Interview vom König überhaupt keine Erwähnung, dennoch ist sie wichtig, wenn man einen Überblick über die verschiedenen Protestgruppen Jordaniens geben will. Die Dynamik der Bewegung ist vor allem seit 2011 bemerkenswert.²⁴ Nach Angaben von ‚Labor Watch Jordan‘ fanden 2011 800 Arbeiteraktionen statt, Mitte 2012 waren 560 Protestaktionen verzeichnet. Einige dieser Aktionen waren kurzlebig und fanden nur im kleinen Maßstab statt, dazu zeigten sich einige Protestierende schnell zufrieden mit Konzessionen des jeweiligen Managements. Andere Arbeiter protestierten allerdings über mehrere Jahre hinweg und ihr Protest ging über rein sozioökonomische Forderungen hinaus. Die Aktivitäten verstärkten sich besonders mit dem Beginn der Wirtschaftskrise 2008, die dafür sorgte, dass das Regime sich hoch verschulden und seine Ausgaben drastisch kürzen musste.

Das jordanische Gesetz schreibt fest, dass Jordanier das Recht haben, sich in Gewerkschaften zu organisieren, allerdings ist die Mitgliedschaft auf 17 eingetragene Gewerkschaften beschränkt. Nach Ansicht der Arbeiteraktivisten und Analysten repräsentieren diese mit wenigen Ausnahmen nicht die Interessen der Arbeiterschaft und sind zu stark mit der Regierungspolitik und Managementinteressen verbunden. Weiterhin existiert eine lange und umfassend dokumentierte Geschichte der Einflussnahme der Sicherheitsapparate in Gewerkschaftsaktivitäten wie z.B. die Nominierung und Bestätigung der Gewerkschaftsführung und Betriebsräte. 2010 hielten nur zwei Gewerkschaften Präsidentschaftswahlen ab und nur drei der 17 Gewerkschaften wählten ihren Vorstand neu.

Die Proteste der Arbeiterschaft sind auch als Zeichen gegen das System der eingetragenen Gewerkschaften, deren Nähe zum Regime und mangelnde Repräsentativität zu verstehen. Seit 2011 haben sich zwölf unabhängige Gewerkschaften ohne offizielle Erlaubnis gebildet.²⁵ Ohne ihren legalen Status sind diese unabhängigen Gewerkschaften

zwar nicht in der Lage, Mitgliedsbeiträge einzusammeln, Bankkonten zu führen oder selbst allgemeingültige Vereinbarungen mit Arbeitgebern zu treffen. Vereinzelt ist es den unabhängigen Gewerkschaften allerdings gelungen, ausreichend Druck aufzubauen, um den Arbeitgeber zurück an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Neben der Ablehnung der traditionellen Form der gewerkschaftlichen Organisation in Jordanien sind die Arbeiterproteste weder auf bestimmte Sektoren (mit Ausnahme der öffentlichen Sicherheit) noch auf rein ökonomische Forderungen beschränkt.²⁶ Lehrer, Bankangestellte, Imame, Arbeiter in der Phosphat- und Kaliumindustrie, Universitätsangestellte, Journalisten, Taxifahrer, öffentlich angestellte Krankenpfleger und Doktoren griffen allesamt zu Mitteln des Arbeitskampfes und stellten dabei vereinzelt auch politische Forderungen. Journalisten sprachen sich für Pressefreiheit aus, Tagarbeiter und andere Angestellte des öffentlichen Sektors forderten stärkere finanzielle Rechenschaft der höchsten Offiziellen. Die Proteste der Arbeiter in der Phosphatindustrie waren von Vorwürfen der Korruption gegen Parlamentarier im Rahmen der Privatisierung der jordanischen Phosphatbetriebe begleitet.

Fida Adely beschreibt die vermehrten Aktionen der jordanischen Arbeiter als Herausbildung einer neuen Arbeiterbewegung in Jordanien, die als Antwort auf die neoliberalen Reformen des Regimes der letzten Jahre entstand.²⁷ Die Arbeiterbewegung trug damit maßgeblich zum Einreißen der „Mauer der Angst“ bei und ermöglichte damit erst die Proteste im Jahr 2011.

3. Der Hirak – Die Protestbewegung

“My character is, I won’t shoot (...). I don’t think we as Hashemites shoot. If you, as a monarch, have created a situation in which half the population rises up and wants you out, then you’ve done something wrong”, antwortete Abdallah auf Goldbergs Frage, ob er den Schießbefehl erteilen würde, wenn 250.000 Menschen auf der Straße seinen Sturz verlangten.

²⁴ Im Folgenden beziehe ich mich vor allem auf den sehr lesenswerten Artikel von Fida Adely. Adely, Fida 2012: The Emergence of a New Labor Movement in Jordan. In: *Middle East Report* 264. URL: <http://www.merip.org/mer/mer264/emergence-new-labor-movement-jordan> (abgerufen am 22.04.2013).

²⁵ Awadi, Ahmad 03.10.2012: New and independent Trade Unions. Facts and Illusions. URL: <http://www.labor-watch.net/en/index.php/articles/3532-new-and-independent-trade-unions-facts-and-illusions> (abgerufen am 22.04.2013).

²⁶ Adely, Fida 2012: The Emergence of a New Labor Movement in Jordan. In: *Middle East Report* 264. URL: <http://www.merip.org/mer/mer264/emergence-new-labor-movement-jordan> (abgerufen am 22.04.2013).

²⁷ Ebd.

Damit wich Abdallah der Frage Goldbergs aus, aber er positioniert sich damit anders als al-Assad oder der gestürzte libysche Machthaber Muammar al-Gaddafi. Im Gegenteil sagt der König, dass die arabischen Revolten für ihn das notwendige Momentum in Jordanien kreieren, um wichtige politische Reformen anzustoßen. Die jordanische Protestbewegung, in Jordanien *hirak* („Bewegung“) genannt, erscheint in diesem Licht eher als ein Partner als ein Gegner. Goldberg zitiert Abdallahs Vision einer zukünftigen jordanischen Monarchie:

“The people are happy, and they love the monarchy, just like you saw with the outpouring toward Queen Elizabeth in England.”

Für das Glück seiner Untertanen so der Subtext, sei Abdallah gerne bereit, Macht abzugeben. Der Beginn der Protestbewegung liegt in der Arbeiterbewegung und außerhalb Ammans. Am 7. Januar 2011 organisierte das ‚Daily Laborers‘ Movement‘ Proteste in Dhiban, einer provinziellen Stadt südlich der Hauptstadt, welche in der folgenden Woche nach Amman hinein getragen wurden. Die Demonstranten setzten sich aus einer heterogenen Gruppe Linker, Jugendaktivisten und jungen Muslimbrüdern zusammen. Nachdem der König der zentralen Forderung der Aktivisten überraschend schnell nachgekommen war und die Regierung unter dem ehemaligen Premierminister Samir al-Rifa‘i (2009-2011) auflöste, entstanden die ersten Konflikte zwischen den einzelnen Mitgliedern der Bewegung. So plädierte das Koordinationskomitee der Oppositionsparteien, die Proteste auszusetzen, um der neuen Regierung eine Chance zum Handeln zu geben, während die Mehrheit der Demonstranten, darunter auch die Muslimbruderschaft, für eine Weiterführung der Proteste eintrat. Eine andere Konfliktlinie entstand entlang der Frage, wie eng man mit der Muslimbruderschaft zusammenarbeiten wolle. In Folge dessen blieben gruppenübergreifende Organisationsstrukturen brüchig. Das änderte sich auch nicht

durch die Proteste des 24. und 25. März 2011, als die neu formierte „Koalition des 24. März“ versuchte, durch die Besetzung eines zentralen Platzes in Amman den Protest auf eine neue Stufe zu heben. Zwar fanden sich trotz massiver Sperren und Kontrollen des Regimes ca. 3.000 Demonstranten auf dem Jamal Abdal Nasser Square (lokal bekannt als *douar dakhlya*) ein, um ein dauerhaftes Protestcamp zu errichten. Diese wurden allerdings wiederholt von so genannten „Unterstützern der Monarchie“²⁸ angegriffen und anschließend von Sicherheitskräften geräumt. Es gab mehrere Verletzte und einen Toten. Auch die Proteste der nächsten Wochen konnten nicht die erforderliche Dynamik entwickeln, um das Regime in Bedrängnis zu bringen.

Um zu erklären, warum sich 2011 nicht eine ähnliche Entwicklung wie in Ägypten oder Tunesien abspielte, können unterschiedliche Deutungsmuster herangezogen werden:

Erstens wäre da die geschickte Antwort des Regimes²⁹, die durch die Erlaubnis von Protesten und in manchen Fällen sogar durch die Ausgabe von Wasser und Saft an Demonstranten durch die Sicherheitskräfte starke symbolische Zeichen sendeten. Ebenso sorgte das Regime für eine kurzfristige Entlastung der Bevölkerung durch die Reinstallierung von Subventionen und höheren Löhnen und Pensionen für (ehemalige) Angestellte des öffentlichen Sektors und Militärs. Weiterhin kam der König sehr schnell der zentralen Forderung der Demonstranten nach und entließ das Kabinett des damaligen Premierministers Samir al-Rifa‘i und ernannte ein neues unter dem Premier Ma‘rouf al-Bakhit, welches zwei linke und einen islamistischen Minister einschloss. Auch durch das Einsetzen eines nationalen Dialogkomitees und einer Kommission zur Änderung der Verfassung signalisierte der König Reformbereitschaft.

Eine zweite Erklärung liegt bei der Protestbewegung selbst³⁰, die ganz in der Tradition jordanischer Proteste zuerst für einen Regierungswechsel eintrat und erst dann sub-

²⁸ Bei dem Begriff handelt es sich um die Eigenbezeichnung der Gruppe. Von den Demonstranten wurden sie in Anlehnung an die ägyptische Revolution *baltagiya* („Schläger“) genannt. Es handelte sich um eine Gruppe ländlicher Transjordanier, die der Überzeugung waren, bei den Demonstranten handele es sich um Palästinenser, die den König stürzen wollten. Wer dieses Gerücht streute, ist unklar.

Vgl. Lenner, Katharina/Bouziane, Malikah 2011: Protests in Jordan: Rumbblings in the Kingdom of Dialogue. In: Protests, revolutions and transformations – the Arab World in a Period of Upheaval. Working Paper der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients, Berlin. URL: http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/vorderorient/publikation/WP_serie/WP1_All_FINAL_web.pdf (aufgerufen am 06.05.2013).

²⁹ Abu-Rish, Ziad 2011: What happened to Protests in Jordan?. URL: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/1469/what-happened-to-protests-in-jordan> (aufgerufen am 06.05.2013).

³⁰ Die Erklärungen sind im Wesentlichen von Ziad Abu-Rish und Hisham Bustani übernommen.

stantielle Reformforderungen stellte, dabei aber einen Regimewechsel kategorisch ausschloss. Weiterhin arbeitete die Bewegung nie daran, PalästinenserInnen aus den Flüchtlingslagern an den Protesten zu beteiligen. Zuletzt ist hinzuzufügen, dass der Hiraq auf eine vergleichsweise kleine Gruppe in verschiedenen Organisationen zurückgeht.

Seit der gewaltsamen Auflösung des Camps am 24. März 2011 hat der Hiraq zwar nicht die Massen mobilisieren können, um nennenswerte politische Reformen einzuleiten. Demonstrationen flammen je nach politischer Lage jedoch immer wieder auf. Diese, wenn auch zahlenmäßig geringe Dauermobilisierung von politischen Gruppen stellt etwas Neues in der jüngeren jordanischen Geschichte dar und reflektiert einen grundsätzlichen Wandel der Wahrnehmung des Regimes in der Bevölkerung.

„What coalesced in 2008 was a growing sense that a class of elites closely tied to the regime were robbing the country's resources under the guise of privatization while the majority of Jordanians were struggling under the weight of increased prices in food, fuel, and basic commodities.“³¹

Die breite Diskussion, die im Internet über die Äußerungen des Königs im *Atlantic*-Interview stattfand, ist ein weiterer Ausdruck dieser wachsenden Furchtlosigkeit sowie einer neuen Freiheit, sich dem Regime gegenüber kritisch zu äußern. In den letzten Jahren wurde auch während der Proteste die rote Linie der Kritik an Königin und König immer weiter gedehnt und überschritten. Auch haben Aktivistinnen durch ihre regelmäßigen Proteste die Straße als „normalen“ Ort der politischen Meinungsäußerung und Teil des kollektiven Meinungsbildungsprozesses etabliert.

5. Die Zukunft der jordanischen Protestbewegung

Der Kampf gegen Korruption scheint offenbar neben den Protesten gegen Repression unter

den verschiedenen Protestgruppen der einzige gemeinsame Nenner zu sein. Es ist jedoch bislang nicht abzusehen, ob dieser Minimalkonsens ausreichend Mobilisierungspotenzial entwickelt, um das Regime zum Einlenken zu bewegen. Durch eine Politik der Spaltung und Vereinnahmung, wie z.B. durch das SNTV-Wahlgesetz, ist es für diese Gruppen fast unmöglich, Lösungen innerhalb formaler Politik zu verfolgen. Diese Gruppen können vermutlich nur eine gemeinsame Schlagkraft entwickeln, wenn sie sich in offene Konfrontation zum Regime begeben. Diese jedoch ist unter anderem aus drei Gründen unwahrscheinlich:³²

Erstens sind da die teilweise schlechten Erfahrungen der Protestbewegungen in anderen Ländern anzuführen. Syrien, Libyen oder Bahrain stehen als Warnmahle für eine potentielle umfassende Oppositionsbewegung, dazu gibt es die Gefahr des Spillovers von Gewalt aus Palästina, Irak oder Syrien, die die Situation der Bewegung noch prekärer erscheinen lässt.

Zweitens ist da die nicht zu unterschätzende Rolle Jordaniens für externe Mächte. Vor allem seit in Syrien der Gebrauch von chemischen Waffen wahrscheinlich erscheint und in den USA offen über eine Entsendung von 20.000 US-Truppen nach Jordanien im Falle einer Invasion Syriens gesprochen wird, ist ein stabiles Jordanien für die USA von unschätzbarem Wert. Man kann davon ausgehen, dass Washington in näherer Zukunft die Stabilität Jordaniens als Priorität sieht.

Ein neues Zeichen dafür waren die am 22. März 2013 von Obama zugesagten USD 200 Mio. Hilfen für die syrischen Flüchtlinge in Jordanien. Jordanien erfüllt darüber hinaus eine wichtige Pufferfunktion für Israel, da es den Staat vor den ‚feindlichen‘ arabischen Staaten abschirmt. Auch den Golfstaaten dient Jordanien als Puffer vor dem ‚schittischen Halbmond‘, einem hypothetischem Gebiet, dass sich von Iran im Osten über Irak und Syrien bis hin zum Libanon im Westen erstreckt. Der Begriff wurde zuerst von Abdallah selbst gebraucht.³³

³¹ Adely, Fida 2012: When is something, something? Jordan's Arab Uprising. URL: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/8371/why-not-jordan> (abgerufen am 22.05.2013).

³² Vgl. Pete Moore 2012: Why not Jordan? URL: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/8371/why-not-jordan> (abgerufen am 06.05.2013) und Bustani, Hisham 2013: Jordan – a failed uprising and a re-emerging Regime. URL: http://www.yourmiddleeast.com/opinion/hisham-bustani-jordan-a-failed-uprising-and-a-reemerging-regime_12178 (abgerufen am 07.05.2013).

³³ Bustani, Hisham 2013: Jordan – a failed uprising and a re-emerging Regime. URL: http://www.yourmiddleeast.com/opinion/hisham-bustani-jordan-a-failed-uprising-and-a-reemerging-regime_12178 (abgerufen am 07.05.2013).

Drittens hat die Syrienfrage einen spaltenden Effekt auf die jordanische Oppositionsbewegung. Viele ‚linke‘, panarabische Parteien Jordaniens stehen auf der Seite des syrischen Regimes und nahmen eine neue Anti-Chaos-Rhetorik an, die sie auf Jordanien übertrugen.

Die jordanische Muslimbruderschaft sympathisiert mit den Rebellen, positioniert sich aber gegen die Präsenz von US-Streitkräften auf jordanischem Boden. Angesichts der akuter werdenden Frage nach einer Intervention erscheint eine Einigung der Oppositionsparteien also umso unwahrscheinlicher.

Impressum

Herausgeber

Deutsches Orient-Institut

Jägerstraße 63 D - 10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30-20 64 10 21 - Fax: +49 (0)30-30 64 10 29
doi@deutsches-orient-institut.de
www.deutsches-orient-institut.de

Copyright: Deutsches Orient-Institut

Alle Rechte vorbehalten.

Es wurden keine Abbildungen, Kopien oder Übertragungen gemacht ohne Erlaubnis der Autoren.

Die DOI-Kurzanalysen geben ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder.

Autor

Tim Sontheimer

Chefredaktion:

Sebastian Sons

Layout:

Hui Pieng Lie

Editors:

Jan Deeg
Anna Fleischer
Susen Hollmig

Vorstand

Vorsitzender des Vorstandes

Dr. Gerald Bumharter
General Manager ABC International Bank plc

Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes

Henry Hasselbarth
Vice President North & Central Europe a.D.
Emirates Airlines

Dr. Michael Lüders, Islamwissenschaftler
Mitglied des Beirates im NUMOV
Nahostberatung

Helene Rang
Geschäftsführender Vorstand des NUMOV
Helene Rang & Partner

Weitere Mitglieder des Vorstandes

S.E. Ali Bin Harmal Al Dhaheiri
Chairman of the Executive Board of Governors
Abu Dhabi University

Prof. Dr. Christina von Braun, Vorsitzende des Lehrstuhls für
Kulturgeschichte und Gender
Studies Humboldt Universität zu Berlin
Kulturwissenschaftliches Seminar

Elke Hoff, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestags

Philipp Lührs, Regional Vice President
Deugro Middle East Regional Headquarters

Saffet Molvali
Eren Holding A.S.

Dr. Gunter Mulack, Botschafter a.D.
Direktor und Mitglied des Vorstandes

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hermann Parzinger
Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Bernd Romanski
Vorsitzender des NUMOV
Inhaber, BJR Businessconcepts

Dr. Gerhard Schäfer
Leiter Wirtschaft und Politik a.D., Porsche AG

Prof. Dr. Susanne Schröter
Institut für Anthropologie / Exzellenz-Cluster
„Herausbildung normativer Ordnungen“
Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. Rainer Schwarz
Sprecher der Geschäftsführung a.D.
Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH

Kuratorium der Deutschen Orient-Stiftung

Präsident

Günter Gloser, MdB, Staatsminister a.D.
Mitglied des Deutschen Bundestags

Stellvertretender Präsident

Prof. Dr. Mathias Rohe
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-
Nürnberg, Juristische Fakultät

weitere Mitglieder des Kuratoriums

Prof. Dr. Yousef Abdul Ghaffar
Präsident der Kingdom University in Bahrain

Sheikha Abdulla Al Misnad, Ph.D.
Präsidentin der Qatar University

Klaus-Uwe Benneter
HEUSSEN Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Dr. Wolf-Ruthart Born
Staatssekretär a.D.

Dr. Ralf Brauksiepe
Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

Peter Brinkmann
Journalist

Jürgen Chrobog
Staatssekretär a.D.
Mitglied des Vorstandes im NUMOV
Vorsitzender der BMW Stiftung Herbert Quandt

Thomas Ellerbeck
Mitglied im Beirat des NUMOV
Direktor Unternehmenskommunikation und Politik
Vodafone D2 GmbH

Prof. Dr. Friedhelm Gehrman
Steinbeis Universität Berlin
Institut „Global Consulting and Government“

Stephan Hallmann
ZDF Zweites Deutsches Fernsehen
HR Politik und Zeitgeschehen Aussenpolitik

Burkhardt Müller-Sönksen, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestags

Prof. Detlef Prinz
Inhaber, PrinzMedien

Dr. Nicolas Christian Raabe
Vorstand NUMOV Juniorenkreis

Gerold Reichle
Leiter der Abteilung Luft- und Raumfahrt
im Bundesministerium für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung

Dr. Gerhard Sabathil
Direktor für Strategie, Koordination und Analyse
Generaldirektion Außenbeziehungen Relex-L
Europäische Kommission

Prof. Dr. jur. Dr. phil. Peter Scholz
Vizepräsident Amtsgericht Tiergarten
Honorarprofessor der Freien Universität Berlin

Oltmann Siemens
Repräsentant der Weltbank a.D.

Wilhelm Staudacher
Staatssekretär a.D.

Dr. Willi Steul
Intendant des Deutschlandradio

Juergen Stotz, Chairman
Deutsches Nationales Komitee Weltenergieerat

Serkan Tören, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestags

RA Rainer Wietstock
PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft